

Oeffentliches Sanitätswesen.

Die Ausführungsbestimmungen zum preußischen Gesetz betreffend die Feuerbestattung.

Von F. Strassmann.

Nur mit winziger Mehrheit hat der preußische Landtag das Feuerbestattungsgesetz angenommen. Bis zum letzten Augenblick war das Schicksal des Gesetzentwurfs zweifelhaft. Die energische Opposition, die er fand, stützte sich zu einem wesentlichen Teile auf kriminalistische Bedenken und konnte sich darauf berufen, daß einer der Führer in diesem Fach, daß Hans Gross noch jetzt die Einführung der Feuerbestattung als unzulässig bezeichnet. In gleichem Sinne wie er hat sich kürzlich ein jüngerer Kriminalist, Hellwig¹⁾, ausgesprochen, und auch auf der Versammlung der Deutschen Gesellschaft für gerichtliche Medizin zu Karlsruhe im September v. J. hat der Breslauer Gerichtschemiker Lührig auf Grund seiner praktischen Erfahrungen sich als grundsätzlichen Gegner der Leichenverbrennung bekannt.

Wenn es gelungen ist, den weit verbreiteten Wunsch zu erfüllen und der Feuerbestattung auch in Preußen gesetzliche Zulassung zu erwirken, so verdankt man dies in der Hauptsache jedenfalls dem unermüdlichen Eintreten des Ministers selbst und seines Dezernenten, unseres jetzigen Ministerialdirektors Kirchner, in den Kommissionen und im Plenum der Häuser des Landtags. Ihr Versprechen, die Ausführungsbestimmungen für das Gesetz, die Anordnungen für die Leichenschau in Fällen geplanter Feuerbestattung so zu treffen, daß jedes kriminalistische Bedenken beseitigt, daß die Sicherheit der Rechtspflege durch die Zulassung der neuen Bestattungsart nichts verlieren, vielmehr noch gewinnen würde, hat offenbar diejenigen früheren Gegner gewonnen, deren Stimmen für die Annahme des Gesetzes erforderlich waren.

Diese Vorgeschichte muß der kennen und würdigen, der über die jetzt erlassenen Ausführungsbestimmungen ein gerechtes Urteil abgeben will, sie erklärt ihre anscheinende Strenge, an der die Freunde der Feuerbestattung vielfachen Anstoß genommen haben.

Niemand wird bezweifeln, daß es eine große Anzahl von Fällen gibt, in denen eine so eingehende Leichenschau, wie sie in der Anlage 2 des Gesetzes vorgeschrieben ist, entbehrt werden kann. Sicher wird es bei der großen Mehrzahl der betreffenden Leichen sich um Personen handeln, die nach länger dauernder innerer Erkrankung eines natürlichen Todes gestorben sind, wie die zuverlässige Beobachtung des behandelnden Arztes unzweifelhaft ergibt. Hier wäre eine besondere Besichtigung durch den beamteten Arzt eigentlich überflüssig. Aber es ist offenbar nicht möglich, solche Fälle derart zu charakterisieren, daß Sonderbestimmungen für sie getroffen werden können. Wenigstens nicht bei gesetzlichen Anordnungen, die für den ganzen Bereich eines Großstaates wie Preußen gelten sollen. Hier wird es unumgänglich sein, allgemein gültige Vorschriften zu geben, die für jeden Fall ausreichen, während in den mehr übersichtlichen Verhältnissen eines kleineren Gemeinwesens es vielleicht möglich ist, eine freiere Berücksichtigung des Einzelfalles zuzulassen. Daß aber in jedem Falle das Zeugnis des behandelnden Arztes allein ausreicht, um alle kriminalistischen Bedenken zu beseitigen, wird selbst bei der größten Achtung vor unserem Stande nicht behauptet werden können. Unwürdige Mitglieder hat jeder Stand; Giftmorde, von Aerzten selbst verübt, kennt die kriminalistische Literatur mehrere, und in frischer Erinnerung ist noch der Fall Braunstein²⁾, in dem die Entdeckung des höchstwahrscheinlichen Giftmordes durch die alsbald erfolgte Leichenverbrennung unmöglich gemacht worden war. So wird man es wohl billigen müssen, wenn in der Anlage 2 des Feuerbestattungsgesetzes Bestimmungen für die Leichenschau erlassen worden sind, die sich genau denen anschließen, die für die richterliche Leichenschau auf Grund des § 87 der Strafprozeßordnung den preußischen Gerichtsärzten seit längerer Zeit gegeben sind. Es ist somit eine vollständige Besichtigung des entkleideten Leichnams vorgeschrieben, und gewiß mit Recht, da eine andere Art der Besichtigung doch nur eine Farce darstellen würde.

Unter den einzelnen Körperteilen, die auf etwaige Gewalteinwirkung zu untersuchen sind, werden, und das scheint besonderes Mißfallen erregt zu haben, auch speziell — ganz wie in den Vorschriften für die richterliche Leichenschau — die äußeren Geschlechtsteile genannt. Wenn man von dem maßgebenden Gesichtspunkt ausgeht, daß wir bei der Leichenschau in diesen Fällen alle denkbaren Anzeichen eines Verbrechens zu prüfen haben, um geeigneten Falles eine Leichenöffnung anzuordnen, ehe durch die Verbrennung der Leiche wichtige Befunde, die bei der Ausgrabung noch festgestellt werden könnten, für immer vernichtet werden, so wird man auf die Besichtigung jener Teile nicht verzichten dürfen. Ich will ganz absehen von den oft zitierten älteren und neueren Fällen einer Vergiftung per vaginam. Viel häufiger und deshalb wichtiger sind jedenfalls Todes-

fälle bei kriminelltem Abort. Daß dabei auch manchmal Aerzte ihre Hand im Spiele haben, ist eine traurige, aber unbestreitbare Tatsache, und daß ein Arzt, der sich einer solchen Tat schuldig gemacht hat, dem die Entdeckung des Verbrechens an seiner verstorbenen Patientin droht und schimpfliche Strafe bevorsteht, gewiß gern alle Spuren durch eine Feuerbestattung zu vernichten wünscht und vor falschen Angaben über die Todesursache nicht zurückschrecken wird, liegt auf der Hand.

Es liegt mir fern zu bestreiten, daß eine solche Untersuchung wie überhaupt die Besichtigung der entblößten Leiche gewisse Pietätsgefühle bei den Hinterbliebenen verletzen könnte. Aber wenn die amtliche Leichenschau, wie es selbstverständlich ist, in Abwesenheit der Angehörigen vorgenommen wird, so wird eine tatsächliche Verletzung ausbleiben. Ist doch unter den Tausenden gerichtlicher Leichenöffnungen, an denen ich in meiner bisherigen gerichtsärztlichen Praxis beteiligt war, mir kein Fall bekannt geworden, in dem die analogen Vorschriften Anlaß zu einem Aergernis gegeben hätten. Anscheinend sind es auch weniger die Bestimmungen über die Leichenschau und über die notwendige Untersuchung der äußeren Geschlechtsteile gewesen, an denen die Freunde der Feuerbestattung Anstoß genommen haben, als die Bestimmung im § 12, wonach der bei dieser Untersuchung ev. erhobene Befund einer Virginität zu erwähnen ist. Man hat hierin ein unbefugtes, durch keine berechtigten Gründe gestütztes Eindringen in private Verhältnisse erblicken wollen, deren Feststellung ohne jedes öffentliche Interesse sei, aber geeignet sei, persönliche Interessen empfindlich zu schädigen. Offenbar ist den Kritikern dieser Bestimmung völlig unbekannt gewesen, aus welchen Erwägungen sie hervorgegangen ist.

Vielleicht entspricht es einer objektiven Darstellung am meisten, wenn ich an dieser Stelle einen Absatz meines Lehrbuches¹⁾ wörtlich wiedergebe, den ich im Jahre 1895 niedergeschrieben habe, ehe noch von einem preußischen Feuerbestattungsgesetz die Rede gewesen ist.

Er lautet:

„Beachtenswert ist bei der Untersuchung des Hymen endlich die verhältnismäßig erhebliche Widerstandsfähigkeit dieses Gebildes gegen die Fäulnis, sodaß mitunter noch Sektionen bei vorgeschrittener Fäulnis bzw. nach später Exhumierung eine Untersuchung ermöglichen und die Abgabe eines Gutachtens gestatteten, ob Spuren eines Stuprums an der Leiche vorhanden waren oder nicht. Unsere Sammlung bewahrt einige wohlerhaltene Jungfernhäutchen, die bei mehrere Wochen alten Wasserleichen gefunden wurden, und Grigorescu konnte bei der Exhumation eines ein Jahr vorher gestorbenen Kindes durch Nachweis des intakten Hymens den Verdacht einer stattgehabten Defloration zurückweisen. Das mahnt, bei entsprechenden Anfragen nicht etwa eine Ausgrabung als nutzlos zu bezeichnen. Sicher ist allerdings der Erfolg einer solchen nicht. Wir haben die nach drei Monaten (2. August bis 4. November) ausgegrabene Leiche eines neunjährigen Mädchens zu untersuchen gehabt, die seinerzeit aus dem Wasser gezogen und anstandslos beerdigt worden war; nachträglich erhob sich der Verdacht, daß das Kind vergewaltigt und dann ins Wasser gestoßen sei; die Obduktion ergab so vorgeschrittene Fäulnis, daß irgendein bestimmtes Urteil nicht abgegeben werden konnte; speziell war das Hymen und, was noch bemerkt zu werden verdient, auch die Gebärmutter nicht mehr kenntlich.“

1) Bedeutungsvoller noch sind zwei ältere Fälle, über die das Casper-Limansche Lehrbuch in seinen früheren Auflagen genauer berichtet.²⁾

In dem ersten Fall handelt es sich um eine Ausgrabung, die zwölf Wochen nach dem Tode zur Feststellung geschehener Notzucht vorgenommen wurde. Der ungewöhnliche Fall, sagt der Autor, lieferte den Beweis, daß es möglich sei, noch nach so langer Zeit unter Umständen die Beschaffenheit des Hymens festzustellen. Es war gegen einen Fabrikbesitzer denunziert, daß er sich mit der zwölfjährigen Verstorbenen eingeschlossen habe, und sie sollte angegeben haben, daß er „Gemeinheiten mit ihr gemacht“. Die Leiche des zwölfjährigen Mädchens zeigte sich im allgemeinen noch ziemlich wohl erhalten, an den Geschlechtsteilen fanden sich nicht unerhebliche Verwesungserscheinungen, doch war das Jungfernhäutchen vollständig erhalten, hatte eine halbmondförmige Form und wies nirgends einen Einriß auf, sodaß das Gutachten dahin abgegeben werden konnte, daß ein wirklicher Beischlaf ausgeschlossen sei und auch Anhaltspunkte von anderweitigen unzüchtigen Handlungen nicht vorliegen.

In einem zweiten ähnlichen Fall (Ausgrabung sechs Wochen nach dem Tode) sollte mit einem neunjährigen Mädchen der Beischlaf ausgeübt worden sein und ihre mit dem Tode endende Krankheit veranlaßt haben. Auch hier konnte ein vollkommen erhaltenes, mit keinen Einrisen selbst nicht des Randes versehenes Jungfernhäutchen festgestellt werden.

In der vor kurzem erschienenen Arbeit Hellwigs wird berichtet, daß es einem unschuldig des Mordes an der von ihm angeblich Geschwängerten bezichtigten Mannes gelang, durch die Exhumierung, welche Unversehrtheit des Hymens und jungfräulichen Uterus ergab, die Haltlosigkeit der Beschuldigung darzutun. Es scheint, daß Hellwig hierbei den Fall Riedel³⁾ im Auge hatte, den er dann allerdings nicht voll-

¹⁾ Archiv für Kriminalanthropologie 1911 (mit vollständiger Literatur).
²⁾ Vgl. v. a. Friedländer, Kriminal-Presse Bd 5 Berlin 1912.

¹⁾ S. 92. — ²⁾ 1889, 8. Auflage, S. 84 u. 85. — ³⁾ Münchener medizinische Wochenschrift 1899, S. 767.

kommen korrekt wiedergegeben hat. Denn hier konnte die nach einhalb Jahren erfolgte Ausgrabung nur den nicht schwangeren Zustand noch mit voller Sicherheit feststellen. Die Bezeichnung des Uterus als jungfräulich scheint dem Nichtmediziner Hellwig Anlaß zu seiner unrichtigen Auffassung gegeben zu haben.

Es ist mir bisher nicht möglich gewesen, die gesamte, auch auswärtige Literatur auf andere Fälle solcher Art zu prüfen, vermutlich würde sich noch hier und da ein weiterer ergeben haben. Ich muß es auch offen lassen, ob unter den „mehreren Fällen“, von denen Greiff in Karlsruhe auf der jüngsten Versammlung der Deutschen Gesellschaft für gerichtliche Medizin sprach, Fällen, „in denen nach dem Tode einer Person — gewöhnlich einer nahen Verwandten oder einer Dienstperson — gegen andere der Verdacht erhoben wurde, es wäre ein Verbrechen geschehen, wo infolge eines Klatsches in weiten Kreisen des betreffenden Ortes eine Erregung hervorgerufen wurde, die sich erst beruhigte, als der bei der Ausgrabung erhobene Befund den schweren Verdacht entkräftete,“ sich auch solche befinden, die hierher gehören, in denen der Verdacht eines Sittlichkeitsverbrechens erhoben worden ist.

Schon die bisher mitgeteilten Beobachtungen machen es begreiflich, daß mein Schüler Stark, der als einer der ersten vom Standpunkt der gerichtlichen Medizin für die Leichenverbrennung eintrat, die er bei Anwendung der nötigen Kautelen als zulässig erklärte, daß Stark, dessen Arbeit, wie ich vermute, auf die geänderte Stellungnahme unserer Regierung gegenüber der Feuerbestattung nicht ohne Einfluß gewesen ist, auch die Feststellung der Jungfräulichkeit bei der erforderlichen Leichenschau verlangt. Und ebenso ist es begreiflich, daß von den Gegnern der Feuerbestattung unter anderen auch das Argument in den Vordergrund gestellt worden ist, daß sie die Rehabilitation eines unschuldig Verdächtigten unmöglich machen kann. Hellwig hat in seinem mehrfach zitierten Aufsatz wiederholt immer gerade darauf hingewiesen, daß die Ausgrabung den Beweis der Unversehrtheit des Hymens führen könnte, und sagt z. B. an einer Stelle: „Schon die entfernte Möglichkeit, daß ein Verbrechen, insbesondere ein Giftmord durch die Einäscherung der Leiche unaufgeklärt bleiben könnte oder daß einem unschuldig Verdächtigten durch die Feuerbestattung des Leichnams des angeblich Ermordeten, Genotzüchtigten etc. die Möglichkeit genommen werden sollte, seine Unschuld einwandfrei darzutun, genügt meines Erachtens, um die Vorteile der fakultativen Feuerbestattung zu überwiegen.“ Als einer der eifrigsten Gegner des Feuerbestattungsgesetzes im Herrenhaus mich kurz vor der entscheidenden Plenarsitzung aufsuchte, um sich über die gerichtlich-medizinische Seite der Frage noch genauer zu unterrichten, da fand ich ihn auch über diesen Punkt vollkommen informiert, und spontan gab er dem Gedanken Ausdruck, daß vielleicht ein noch größerer Uebelstand der Feuerbestattung als die immer zitierte Verdeckung einer Vergiftung, als die Unmöglichkeit, die Schuld eines Menschen nachzuweisen, der Umstand sei, daß sie den Nachweis der Unschuld eines Verleumdeten speziell in bezug auf ein Sittlichkeitsverbrechen unmöglich macht. Mir liegen die Verhandlungen des Herrenhauses selbst nicht vor, ich weiß nicht, ob er auch dort diesen Einwand vorgebracht hat.

Wenn bei der Beratung des Gesetzentwurfs versprochen worden ist, genaue Vorschriften über die Ausführung der Leichenschau auszuarbeiten, die diese mit einer solchen Sicherheit umgeben, daß alle kriminalistischen Bedenken gegen das Gesetz wegfallen müßten, so war es hiernach in der Tat zur Erfüllung des Versprechens notwendig, auch die Feststellung der Jungfräulichkeit bei der Leichenschau zu verlangen. Gewiß kann der Einwand gemacht werden, daß die angeführten Fälle, zumal diejenigen, in denen die Ausgrabung ein positives Resultat lieferte, an Zahl zu gering sind, um eine solche Vorschrift zu rechtfertigen. Man muß aber doch bedenken, daß in Zukunft, wenn eine Leichenschau vor jeder Feuerbestattung diese Verhältnisse prüft, die Zahl der Fälle sich voraussichtlich wesentlich erhöhen wird, in denen entsprechende, später auftretende Gerüchte mit Sicherheit zu widerlegen sind. Gewiß wird mitunter, wenn längere Zeit nach dem Tode verstrichen ist, eine Ausgrabung überhaupt unterblieben sein, weil sie von vornherein als zwecklos bezeichnet werden konnte. So wird die Feuerbestattung mit der vorangegangenen Leichenschau gerichtlich-medizinisch in dieser Beziehung mehr leisten als die Beerdigung, und eine solche Mehrleistung in dieser Richtung wird man begrüßen müssen als Ausgleich für andere immerhin nicht zu bestreitende Nachteile für die Justiz, die die völlige Vernichtung der Leiche im Gegensatz zur Beerdigung unvermeidbar mit sich führt.

Zudem handelt es sich doch um einen Befund, der bei der, wie oben gezeigt, aus anderen Gründen unbedingt gebotenen Untersuchung der Genitalien sich gewissermaßen von selbst ergibt, der erhoben werden muß, wenn man nicht gewaltsam die Augen verschließt, dessen Aufnahme irgendwelche Erschwerung für die Feuerbestattung in keiner Weise mit sich bringt.

Aber Wert hat dieser Befund natürlich nur, wenn er in irgend einer Weise festgehalten wird. Man wird sich nicht auf das Erinnerungsvermögen des Gerichtsarztes verlassen dürfen, der zudem, wenn es darauf ankommt, vielleicht nicht mehr unter den Lebenden weilt. Daher haben

die Bestimmungen die Erwähnung eines entsprechenden Vermerkes in der amtsärztlichen Bescheinigung vorgesehen. Es ist diese Bestimmung, die ganz besonders angegriffen worden ist, wohl in übertriebener Weise. Ich glaube, daß ein solcher Vermerk ganz unauffällig erfolgen kann, indem man unter den übrigen Befunden der Leichenschau, die wir aufzunehmen haben: Alter, Geschlecht, Größe, Körperbau, besondere Kennzeichen. Zeichen der Verwesung, Verletzungsspuren etc. auch erwähnt, daß eine Defloration sicher auszuschließen ist. Nur der positive Befund der Virginität soll offenbar angegeben werden, denn nur er ist aus den oben erwähnten Gründen von Bedeutung, und im Falle eines negativen oder zweifelhaften Befundes würde nichts gesagt werden. Daß die Unterlassung einer solchen positiven Angabe noch keinen Makel auf eine ledige weibliche Person wirft, daß es abnorme Formen des Hymens gibt, bei denen eine Inmissio ohne Defloration ausführbar ist und bei denen also ein sicheres Urteil über die Virginität nicht möglich, ist eine Tatsache, deren Kenntnis schon ziemlich verbreitet ist und sich durch entsprechende Aufklärung unschwer ausreichend wird verbreiten lassen. Aus solchen ausnahmsweisen Vorkommnissen die Zwecklosigkeit der ganzen Untersuchung herzuleiten, wie es von einzelnen Bekämpfern oder Bekämpferinnen der fraglichen Vorschrift getan wurde, ist natürlich ganz verfehlt.

Im übrigen ist es eine Frage praktisch technischer Erwägung, ob man die Feststellung der Virginität auf andere Weise sichern kann als durch ihre Aufnahme in eine den Angehörigen und der Ortspolizeibehörde zu übergebende Bescheinigung. Vielleicht könnte man in der Weise vorgehen, daß man den Gerichtsärzten aufgibt, einen entsprechenden Vermerk in ihrem Journal zu machen. Aber wie nun die Form gewählt werden möge, sachlich sollte an der Forderung der Ausführungsbestimmungen festgehalten werden, die, wie nochmals gesagt sei, eine Erschwerung der Feuerbestattung nicht bedeutet.

Eine solche wird viel eher durch andere Bestimmungen des Gesetzes und der Ausführungsanweisung bewirkt. Es sind hier ganz genaue Vorschriften über die Art der Urnen, ihre Verwahrung, über die Art der Einsargung gegeben. Die Einsargung soll vor dem amtlich bestellten Leichenschauer oder, wo ein solcher fehlt, wie hier in Berlin, vor dem beamteten Arzt erfolgen; er hat zu bezeugen, daß die Leiche in seiner Gegenwart eingesargt worden ist, wie der Sarg beschaffen, wie die Leiche bekleidet war, daß der Sarg keine Beschläge oder Verzierungen aus Metall hatte, daß er in seiner Gegenwart geschlossen und von ihm mit einer Plombe versehen worden ist. Ganz abgesehen davon, daß man damit den Gerichtsärzten eine wenig würdige Aufgabe zuweist, da es sich um Feststellungen handelt, zu denen keine medizinischen Kenntnisse gehören, sondern die rein polizeilicher Natur sind, bedeuten diese Vorschriften auch für die Angehörigen nicht unwesentliche Unbequemlichkeiten und Erschwerungen. Sie sind ausdrücklich begründet mit der Erwägung, daß die spätere Untersuchung der Asche zur Entdeckung eines Giftmordes führen könnte, daß deshalb die Identität der verbrannten Leiche genau festgestellt und Sicherheit dafür gegeben werden muß, daß nicht durch irgendwelche mitverbrannten Gegenstände das Gift in die Asche gelangt. Man wird voraussichtlich später von diesen Beschränkungen zurückkommen, was allerdings ohne Aenderung des Gesetzes (§ 6) nicht möglich ist. Nachweisen läßt sich durch Untersuchung der Asche eigentlich nur eine chronische Arsenvergiftung, bei der das Arsen bereits mit den Knochen Verbindungen eingegangen ist, die sich bei der Verbrennung nicht verflüchtigen. Es ist gewiß zuzugeben, daß gerade die chronische Arsenvergiftung verhältnismäßig häufig übersehen worden ist, daß hier öfter späte Ausgrabungen noch nachträglich den Giftmord bewiesen haben. Die äußeren Verhältnisse der Personen, die solcher chronischen Arsenvergiftung erlegen sind, waren aber zumeist solche, bei denen für abschbare Zeit mit der Leichenverbrennung kaum zu rechnen ist, und vor allem erscheint es sehr fraglich, ob bei der häufigen nicht kriminellen Aufnahme von Arsen in den Körper, das sich gerade im Knochen noch sehr lange hält, aus dem Arsenbefund in der Asche ein Verbrechen jemals mit genügender Sicherheit wird gefolgert werden können. Gewiß kann man den Befund nicht als ganz wertlos bezeichnen; besonders, wenn es sich um mehrfache Giftmorde handelt, wie sie gerade bei chronischer Arsenvergiftung öfter vorgekommen sind, würde das positive Ergebnis der Analyse bei verschiedenen in Betracht kommenden Leichen ein gewichtiges Indizium bilden, da ein solches zufälliges Zusammentreffen an mehreren Leichen sehr unwahrscheinlich ist. Andererseits sind doch gerade unsere Gerichtsärzte über die Gefahr der Verkenntung einer chronischen Arsenvergiftung wohl unterrichtet. Wenn sie stets die Leichenschau vornehmen und, wie es vorgesehen ist, bei irgendwie verdächtigem Befunde die Leichenöffnung und Aufbewahrung der Leichenteile zur ev. chemischen Untersuchung verlangen, so sind eigentlich alle Garantien gegeben, und es liegt so gut wie außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß ein Fall übrig bleibt, in dem die spätere Untersuchung der Asche notwendig wird und von ihr eine volle Aufklärung über das stattgehabte Verbrechen zu erwarten ist. Als ich vor kurzem zusammen mit Herrn Kollegen Fraenkel für die Regierung von Basel-Stadt ein Gutachten auszuarbeiten hatte, in dem erörtert werden sollte, welche Erleichterungen der bisher dort eingeführten Be-

stimmungen für die Feuerbestattung vom gerichtlich medizinischen Standpunkt aus unbedenklich seien, haben wir die Ansicht vertreten, daß an den Vorschriften über Leichenschau und Leichenöffnung nicht gerüttelt werden sollte, daß aber, wenn hierbei alle Vorsichtsmaßregeln ausreichend befolgt sind, die weitere Verfügung über die Behandlung der Leiche, über die Wahl des Sarges, der Urne den Angehörigen überlassen werden könnte und daß man ihren Empfindungen und Wünschen in dieser Beziehung keinen Zwang auferlegen sollte.

In dieser Richtung werden sich meiner Ueberzeugung nach auch in Preußen die gesetzlichen Bestimmungen über Feuerbestattung weiter entwickeln müssen.
